

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmühl 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 3. Juni. Im Anschlusse an die
gefrigte Parade fand im Weißen Saale und dem
Ausbau der Bildergalerie des königlichen Schlosses
Nachmittags 5½ Uhr das übliche Paradebier
statt. Die Tafel war in Hufeisenform gedeckt und
mit den alten Bronze- und Silbergeschloß des
königlichen Hauses auf das reichste geschmückt.
Unter Vorritt des Ober-Hof- und Hausmarschalls
Grafen Eulenburg in der Uniform eines General-
majors erschien der Kaiser, welcher seinem
italienischen Gaste zu Ehren die Parade-Uniform
des Garde-Kürassier-Regiments trug, dazu das
Orangeband des hohen Ordens vom Schwarzen
Adler, die Frau Prinzessin Friedrich Karl führend.
Als zweites Paar folgte Prinz Viktor von Italien,
Herzog von Turin, ebenfalls in der Garde-
Kürassier-Uniform mit der Kaiserin, diese in licht-
blauem Atlas. Einen Toast brachte der Kaiser
bei der Tafel nicht aus. Nach Aufhebung der-
selben wurde der Kaiser in die Bildergalerie
geführt, während die Kapelle des Garde-
Kürassier-Regiments konzertierte. Mit Ausnahme
der fürstlichen Herrschaften begaben sich die Mehr-
zahl der Geladenen abends zu Fuß nach dem
Opernhaus, wohin das Kaiserpaar mit ihren
fremden Gästen um 8½ Uhr folgte.

— Aus Kiel wird dem „Berl. Tgl.“ ge-
schrieben, daß der Kaiser am Montag, den 12.
Juni, zur Besichtigung der Flotte dort eintreffen
werde. Gestern trat die unter dem Oberkommando
des Viceadmirals Cydover stehende Flotten-
eine größere Uebungsflotte an. Sammelte, die-
sem Geschwader angehörenden Schiffe, 7 Panzer-
schiffe, 2 Panzerfregatten, 3 Aviso, 2 Torpedo-
divisionen und 12 Torpedoboote, bezogen sich in
die See hinaus, und zwar zunächst direkt nach
Dümmel; ferner werden die Dünaburg, Danzig,
Kolberg, Varnemünde, Sönnemünde und Stralsund
berührt. Am Tage der Ankunft des Kaisers
laufen dann sämtliche Kriegsschiffe in den Kieler
Hafen wieder ein, wo die Flottenrevue vor dem
obersten Kriegsherrn stattfindet. Später tritt
Kaiser Wilhelm von Kiel aus auf der kaiserlichen
Yacht „Hoyenholten“ seine diesjährige Nordland-
fahrt an. Im August wird die Flottenrevue
nach der Nordsee gehen, wo eine Reihe von
Manövern stattfinden; es wird namentlich
vor der Uebersandung und der Insel Helgoland
manöviert. Im September werden dann die
großen Herbstmanöver in der Ostsee ausgeführt
werden.

— Wie aus militärischen Kreisen verlautet,
werden die Kaisermanöver in Schlesien durch
große Kavallerie-Unternehmungen eingeleitet,
wobei beim 8. und 16. Armee-Korps zwei Kavallerie-
Divisionen zur Aufstellung gelangen. Um die
große Bedeutung des strategischen Dienstes der
Kavallerie so recht in die Erscheinung treten zu
lassen, soll bei diesen Manövern, die verschiedene
wichtige Verläufe auf militärischem Gebiete im
Gefolge haben, in großem Maße verwendet werden.
Wie wir weiter hören, beschäftigt der
Kaiser hierbei die Ueberleitung und zu einem be-
stimmten Zeitpunkt das Kommando der einen
Kavallerie-Division zu übernehmen. Es wird
auch besonderer Werth darauf gelegt werden, daß
die Kavallerie-Division an und für sich im
Stande ist, die Front eines Armeekorps in der
Breite von dessen Marschlinie zu decken und zu
verschleiern. Da die Verhältnisse des Auf-
stehens und Sicherungsdienstes durch die große
Wirkungsbreite der Handfeuerwaffen wesentlich
erschwert worden sind, so werden nach dieser Rich-
tung die weitestgehenden Verläufe und Maßnahmen
vorgenommen, denn die strategische Aufgabe der
Kavallerie ist groß und bedeutungsvoll, auf ihr
beruht die Führung der Armeen. Obgleich man
nicht immer in militärischen Kreisen besonders
viel davon hält, daß der Kavallerie Zügel-
stellungen, die auf Wagen gesetzt sind, beigegeben
werden, so soll das bei diesen Uebungen doch ge-
schehen, um weitere Erfahrungen zu sammeln.
Die beim 8. und 16. Armee-Korps aufgestellten
Kavalleriedivisionen, bei denen nicht vorher be-
sondere Kavallerie-Uebungen stattfinden, wie beim
3. und 10. Armee-Korps, werden bestehen beim
8. Korps aus der 15. und 16. Kavallerie-Brigade,
welche jetzt schon zu diesem Korps gehören,
sowie aus dem vom 11. Armee-Korps herangezo-
genen 14. Infanterie-Regiment (22. Kavallerie-
Brigade) und den von der großherzoglich badischen
Division abgegebenen Dragoner-Regiment Nr. 24
(25. Kavallerie-Brigade). Letztere beiden Regi-
menter bilden die 8. Kavallerie-Brigade bei der
Kavallerie-Division des 8. Armee-Korps. Dazu
kommt ein Detachement des 8. Pionier-Bataillons
und die reitende Abteilung des Feld-Artillerie-
Regiments Nr. 8. Die Kavallerie-Division des
16. Armee-Korps bilden die zu diesem Korps gehörenden
zwei Kavallerie-Brigaden (33. und 34.) und die
vom 15. Armee-Korps herangezogene 30. Kavallerie-
Brigade. Dieser Kavallerie-Division wird ein
Detachement vom 16. Pionier-Bataillon, sowie
die reitende Abteilung des Feld-Artillerie-Regi-
ments Nr. 34 attached. Die Manöver werden
auch hier nach dem neuen Exerzier-Reglement für
die Kavallerie, das zu ganz besonderem Ausdruck
kommen soll, durchgeführt und werden sich groß-
artig gestalten.

— Ueber den Tag der Eröffnung des neuen
Reichstages ist ein endgültiger Beschluß noch nicht
gefaßt, doch hört man jetzt mit großer Wahr-
scheinlichkeit Dienstag, 4. Juli, nennen. Die Ein-
berufung konnte an sich schon einige Tage früher
erfolgen, allein es tritt die Schwierigkeit da-
zu, daß am Donnerstag, 3. Juni, ein ka-
tholischer Feiertag, Peter und Paul, ist und gleich-
darüber der Sonntag folgt. Da es üblich ist,
auch die auf die Feiertage folgenden Tage, um
die Abgeordneten nicht zum Reisen an den ersten
von nöthigen, bei Beginn einer Session oder
Wiedereröffnung länger unterbrochener Sitzungen
freizulassen, wird sich die Eröffnung der Session
vor dem 4. Juni kaum ermöglichen lassen, wenn
nicht alsbald der vorgeschriebene Namensaufruf
die Beschlußfähigkeit ergeben soll. Eine Ein-
berufung vor den allerersten Tagen des Juni
ginge überhaupt nicht an wegen der durch die
amtliche Ermittlung des Wahlergebnisses und
den Vollzug der Stichwahlen in Anspruch genom-
menen Zeit.

— Beim Beginn der letzten Reichstags-
tagung wurde bekanntlich ein aus der Mitte des Reichs-
tags hervorgegangenes Gesetz genehmigt, welches
sich mit der Einführung des § 17a des Kranken-
versicherungs-Gesetzes beschäftigte. Das Gesetz war
durch eine Vorrichtung der letzten Reichstags-
tagung

novelle nötig geworden. Nach dieser hatten die
freien Hilfskassen bis zum 31. Dezember 1892
vom Reichskanzler eine Bescheinigung darüber bei-
zubringen, daß sie denjenigen Bestimmungen ent-
sprechen, welche das neue Krankenversicherungs-
gesetz von ihnen verlangt. Unbenutzt hätten ihre
Mitglieder in die Zwangsversicherung, in die
Reichskassen u. i. w. einreten sollen. Nun
kam jene Bescheinigung des Reichskanzlers erst
nach Vornahme der betreffenden Statutenänderungen
der freien Kassen erfolgen. Diese Statutenänder-
ungen waren wiederum von den einzelnen Ge-
meinderziehungen zu genehmigen. Die Anträge auf
diese Genehmigungen hatten sich aber gerade in
der Zeit kurz vor dem Inkrafttreten der Kranken-
kassen-Novelle so gehäuft, daß es nicht möglich war,
sie vor dem 1. Januar 1893 sämtlich zu er-
ledigen. Es war also für die Hilfskassen eine
Notlage geschaffen, an der sie selbst keine Schuld
hatten. Der Reichstag nahm dann auch ein
Gesetz an, wonach der Termin, bis zu welchem
die erwähnte Bescheinigung zu erbringen war, auf
den 1. Juni 1893 verschoben wurde und der
Bundesrath gab dem Gesetze seine Zustimmung.
Inzwischen hat eine große Anzahl von freien
Hilfskassen die Bescheinigung erhalten. Es hat
jogar auffallen müssen, mit welcher Eile sie sich
bei weitem größere Theil der freien Kassen sich
den neuen Verhältnissen angepaßt hat, sicherlich
ein Beweis dafür, daß die schwarzen Prophe-
zeiungen, welche man an der Vorführung über die
Berechnung des Krankengeldes nach dem orts-
üblichen Tagelohn des Wohnortes des Versicherten,
über die Naturalleistung von Arzt und Apotheker u.
seinerzeit geklärt hatte, nicht die mindeste Be-
rechtigung hatten. Es ist noch fast ein Monat
bis zum Ablauf der den freien Kassen für die
Ebringung der Bescheinigung gesetzten Frist.
Wie dann werden sicherlich alle, welche nach der
Krankenkassen-Novelle eine Änderung ihrer Statuten
in Antrag gebracht haben, dieselbe bestätigt
erhalten haben, sobald die Notlage, in welche die
freien Hilfskassen gerathen waren, als überwunden
bezeichnet werden kann.

— In den meisten Wahlkreisen des Centrums
in Schlesien und Rheinland-Westfalen, auch eini-
gen süddeutschen, sind jetzt die offiziellen Partei-
kandidaten, welche sich gegen die Militärverträge
erklärten, solche gegenübergestellt, welche eine
Verständigung in dieser Frage anstreben, oder, wo
nicht Doppelkandidaturen aufgestellt sind, ist den
Wahlberechtigten freie Hand gelassen. Der Erfolg dieser
in mehr oder minder großem Maße gegen die
Zentrumslinie befindlichen Kandidaturen ist
zweifellos zur Zeit noch nicht zu übersehen. Mögen
aber auch die kompromißfreundlichen Elemente noch
einmal durch den Fraktionsterrorismus niederge-
halten werden, die Spaltung in der Wählerkassen
ist vorhanden und wird nicht mehr auszugleichen
sein. Sollte die „Neue“ Schreckensrede Wirkung
erzielen, so wird ohne Zweifel die Bildung
einer besonderen parlamentarischen Gruppe, eines
„rechten Centrums“, erfolgen. Unlangsam ken-
nen der Verhältnisse betrachten, welche die Aus-
sichten der liberalen Sezessionen keineswegs als
so schlecht, wie es die hochmüthigen Ausrufungen
der „Germania“ und anderer Zentrumsblätter
glauben machen wollen. Die Zerstückelung der bis-
herigen Zentrumsparthei kann ferner dadurch nur
besördert werden, daß die demokratische, reichs-
und preussenspezifische, gegen die Berliner Zen-
trumsleitung gerichtete Strömung im liberalen
Lager in Vahren so gewaltige Fortschritte macht,
wie aus allen Schilderungen der dortigen Wahl-
vorgänge hervorgeht.

— Die „Nat.-Lib. Rev.“ schreibt: „In weiten
Theilen herrscht der berechtigten Wunsch, daß
in der kurzen bevorstehenden Reichstagsession auch
der Gesetzentwurf zur Bekämpfung gemein-
schaftlicher Krankheiten (Cholera-Gesetz) zur Erledigung
gelangen möge. Man kann nicht wissen, ob wir
nicht im Sommer einer neuen Epidemie entgegen-
gehen, und die Verantwortung, geeignete Vorbeu-
gemaßregeln vorzunehmen zu haben, wäre dann schwer
zu tragen.“

— Die Meldung, daß der Herzog von Cum-
berland, gleichwie die übrigen deutschen Bundes-
fürsten sich für Annahme der Militärverträge er-
klärt habe und die Ablehnung der Militärverträge
durch den Reichstag bedauere, hat, wie der
„Frankf. Ztg.“ aus Hannover geschrieben wird,
das Weltentum vollständig in Verwirrung ge-
bracht:

„Die ganze Partei hatte geschlossen und ein-
hellig Stellung gegen die Vorlage genommen und
erklärte in allen Wahlaufsätzen und Kandidaten-
reden, dabei bleiben zu wollen. Und nun mißt
sich der Mann, dem sie ihr ganzes politisches
Gefühl widmen, hinein und besauert sie auf
eine so empfindliche Weise. Kommt nicht eine
entschiedene Erklärung, daß die Mittheilung auf
Unwahrheit beruhe, so mag manchem Kandidaten
und sonstigen Führer der Wahlen die Lust ver-
gehen, ferner für ihn zu wirken. Im gegenwärtigen
Wahlkampf kann die Sache leicht den Erfolg
haben, daß viele Wähler nicht mehr der Sache
treu bleiben, der sie seit siebenundzwanzig Jahren
ohne Wanken dienen.“

Kiel, 1. Juni. Vom Reichs-Marineamt ist
der Schiffbau-Artien-Gesellschaft „Veser“ zu
Dresden der Neubau des „H.“ übertragen
worden; die Bauzeit ist auf zwei Jahre bemessen.
Dieses Schiff wird nach seiner Fertigstellung
wiederum einen neuen Typus darstellen. Während
nämlich von unseren neueren „Hof“, „Pfeil“ und
„Blitz“ je ein Deplacement von 1382 Tonnen,
„Wacht“ und „Jagd“ je ein solches von 1250
Tonnen und „Vierort“ und „Comet“ ein Depla-
cement von nur je 946 Tonnen haben, wird das
Deplacement des „Hof“, „H.“ aus militärischen
und technischen Rücksichten auf 2000 Tonnen er-
höht werden. Der Neubau erhält somit die Größe
des „Hof“, „Hof“, zur Erreichung einer größeren
Fahrtgeschwindigkeit aber eine weit stärkere
Machtkraft. Was die Baukosten betrifft, be-
tragen sich dieselben für den zuletzt fertiggestellten
„Hof“, „Comet“ auf 1 218 000 Mk., während sie
für den Neubau „H.“ auf 2 200 000 Mk. heran-
schlagen sind, wozu noch 67 000 Mk. für Proben-
fahrten kommen.

Hamburg, 1. Juni. Vom Gouvernment
in Kamerun sind neuerdings zwei Proben von
Kaffee eingereicht, die den Aufplantungen auf der
Yamou-Station entnommen sind. Bei der Prü-
fung der Proben hat sich ergeben, daß die eine
Sorte afrikanisches Naturprodukt von etwas her-
bem Geschmack ist, der bei fortgesetzter Kultur
wesentlich gemindert werden dürfte. Die zweite
Sorte, anscheinend von dem Samen aus einem

in gutem Kulturzustande befindlichen außerafri-
kanischen Kaffeelande gezogen, hat ein sehr gutes
Aroma, ähnelt im Geschmack dem der zentral-
amerikanischen oder westindischen Kaffees und
würde sich im Preise 90—95 Pf. für ½ Kilo-
gramm stellen.

Schwerin, 1. Juni. Die „Meck. Nachr.“

melben: Während des gestrigen Tages weilte Se. kgl.
Hoh. der Großherzog als Gast Sr. Durchl. des
Fürsten von Hohenlohe, des Statthalters der
Reichsländer, in Stralsburg. Der Großherzog traf
Dienstag Abend 9 Uhr 9 Minuten, von Kolmar
kommend, in Stralsburg ein und wurde am Bahn-
hof von dem Statthalter Fürst Hohenlohe sowie
von dessen Sohn, dem Prinzen Alexander, empfan-
gen. Gestern Vormittag machten die hohen Herr-
schaften eine Rundfahrt durch die Stadt, um den
Kaiserpalast sowie andere Sehenswürdigkeiten
Stralsburgs zu besichtigen. Se. kgl. Hoheit ver-
ließ die Stadt gestern Nachmittag.

Jena, 1. Juni. Die deutsche Lutherstiftung
begannt ihre diesjährige Jahresversammlung
Dienstag Abend 6 Uhr durch einen gut besuchten
Gottesdienst in der Stadtkirche. Prediger Lic.
Kirmis aus Berlin hielt die Predigt auf Grund
von Daniel 12, 3 über die „Bedeutung des ewi-
gen Lebens und des ewigen Todes“. In der ge-
selligen Versammlung, die am Abend im höchst-
gelegenen Saale des „Deutschen Hauses“ stattfand,
ward die Lutherstiftung von Sup. Braasch be-
grüßt; es sprach ferner der Vorsitzende, Propst
v. d. Goltz-Berlin, Pfarrer Reubensburg-Köln,
Stadtchirurg Jonas-Berlin, Pfarrer Stölten-
Frankenpfeiffer. Die Gründung eines Hauptver-
eins der Lutherstiftung für Thüringen, als ein
Werk des Dankes für Thüringens größten Sohn,
ward aufs eifrigste angeregt; sie wird hoffentlich
verwirklicht werden. Mittwoch Vormittag ward
im Rosenhof von Propst v. d. Goltz der Jahres-
bericht gegeben, der einen ergreifenden Einblick in
die Noth mancher Pfarr- und Schulhauses ge-
währt, aber auch mittheilen konnte, daß im ver-
flossenen Jahre 512 Familien durch insgesamt
38 000 Mark eine Beihilfe zur Erziehung der
Kinder erhalten haben. Nachdem Konfirmanden-
präsident v. d. Goltz-Berlin den Kasendbericht
erläutert hatte, besprach Professor Prediger Scholz-
Berlin in einem fesselnden Vortrag „die Pflege
idealer Gesinnung in der deutschen Jugend“. Ein
geistlicher Ueberblick über die seit dem Ende
vorigen Jahrhunderts völlig veränderte Auffassung
des Idealen führte zu dem Nachweis, wie die
reale Auffassung aller Dinge und Verhältnisse, die
das Zeitalter des Humanismus, einen untrügbaren
Kritizismus und eine rein formale Verstandes-
bildung ohne Bildung des Gemüths groß gezogen
habe. Dadurch seien eben die sittlichen Grundbe-
griffe zerstückelt und die Grundlagen der Religion
untergraben worden. Die Ideale seien in Gefahr,
zu verflümmern. Die Familie vor Allem solle
deren Pflege wieder in die Hand nehmen, und
daraus sollten auch die Pfarr- und Schulhäuser,
die Pflegenissen des Idealen, werthvolle Unter-
stützung finden. Die Versammlung schloß mit
Vornahme der Neuwahlen zum Vorstand. Ein
einfaches Mittagsmahl vereinte dann noch die
Theilnehmer im „Bären“.

Stuttgart, 2. Juni. Der Landesbischof
Hefele in Kottenburg hat einen Schlaganfall er-
litten. Sein Zustand erregt Besorgnis.

Schweiz.

Bern, 2. Juni. Von der schweizerischen
Einfuhr aus Frankreich wird ungefähr die Hälfte
vom Zollfreieit nicht beeinflusst, die andere Hälfte
ist durch ihn um nahezu 70 Prozent vermindert.
Der schweizerische Export nach Frankreich ist bis
jetzt um nahezu die Hälfte zurückgegangen.

Belgien.

Leus, 2. Juni. Unter der Bevölkerung von
Leus werden Zirkulare verbreitet, in welchen
unter Hinweis auf die Ausweisung der De-
putierten Baelly und Lamandin aus Belgien
die belgischen Bergarbeiter mit Repressalien be-
droht werden, falls dieselben nicht sofort Frankreich
verlassen.

Frankreich.

In Bordeaux hat die Arbeiterbewegung in
jüngster Zeit größeren Umfang angenommen.
Bäder, Zimmerleute und Tischler legen den
Streik noch fort, während die Schlosser und
Maurer die Arbeit wieder aufgenommen haben.
Die im Streik befindlichen Bäder veröffentlichen
jeden in den Blättern von Bordeaux einen offen-
nen Brief, in dem sie betonen, daß von der Ge-
sammtzahl der 1200 Bäder nur 300 noch zur
Verfügung der Meister stehen. Thatsächlich ist
jedoch die Brodversorgung der Stadt bisher in
ausreichender Weise erfolgt, ohne daß die Militär-
bäckereien in Anspruch genommen zu werden
brauchten. Die Wärdereien, in denen gearbeitet
wird, werden streng bewacht; Patrouillen von
Javalen und Gendarmen, welche letzteren durch
die Brigaden des Arrondissements unterstützt
werden, durchziehen die Stadt Bordeaux bei Tag
und Nacht, um Unruhestörungen zu verhindern.
In Folge dieses einschüchternden Vorgehens der Behör-
den herrscht auch unter den Theilnehmern am
Streik keineswegs Siegesgewissheit; vielmehr wird
angenommen, daß die Streikbewegung bald ihren
Abgang finden wird.

Größere Besorgnisse herrschen im südlichen
Frankreich wegen der Cholera-Epidemie. Wie in
Lette sind namentlich auch in Marseille Cholera-
Todesfälle vorgekommen. Während die franzö-
sischen Blätter im Allgemeinen zurückhaltend mit
diesen Meldungen sind, veröffentlicht der „Temps“
ein Telegramm aus Madrid, wonach das spanische
Ministerium des Ausrüstungen ein bezügliches Te-
legramm des spanischen Konsuls in Marseille er-
halten. Hiernach ist im Hause des spanischen
Konsuls selbst ein Cholera-Todesfall erfolgt; zu-
sätzlich wird ein zweiter Fall signalisiert. Das
amtliche Madrider Blatt veröffentlicht deshalb eine
Verordnung, durch welche für die Probenenzen
aus Marseille eine dreitägige Quarantäne ange-
ordnet wird.

Armentieres, (Dep. Nord), 2. Juni. Die
Kirchlich von streitenden Arbeit zu hervorgerufenen
Unruhestörungen wiederholt sich gestern. Anarchisten
und Schmarotzer errichteten eine Barrikade. Die
Gendarmen nahmen mehrere Verhaftungen vor
und stellte die Ruhe wieder her.

Perpignan, 2. Juni. Die aus Lette und
dem Departement Herault in dem spanischen
Grenzgebiet Port-Ven aufkommenden Reisenden
werden daselbst einer ärztlichen Untersuchung
unterworfen.

Italien.

Rom, 2. Juni. Senat. Berathung des
Pensionsgesetzes. Ein von der Regierung bekämpftes
Amendement der Senatskommission wurde in ge-
heimer Abstimmung mit 151 gegen 141 Stim-
men unter dem Beifall der ministeriellen Sena-
toren abgelehnt.

Rom, 2. Juni. Senat. Berathung des
Pensionsgesetzes. Ein von der Regierung nicht
acceptirtes Amendement der Senatskommission,
wonach die Pensionsgebarung der Depositionen
durch einen in drei Jahresraten von dieser Kasse
dem Staatsfiskus zu gewährenden Vorstoß von
92 Millionen ersetzt werden sollte, wurde abgelehnt
und sodann der erste Artikel des Gesetzesentwurfs
mit 152 gegen 132 Stimmen angenommen. Im
Laufe der Debatte wies der Ministerpräsident
Giulitti nach, daß die Finanzlage in den letzten
vier Jahren sich gebessert und das Defizit abge-
nommen habe. Wollte man keine Ersparungen im
Budget einführen, so müßte man zu neuen Steuern
greifen. Bei Schaffung von neuen Steuern wäre
eine progressive Einkommensteuer die einzig mög-
liche. Kein italienischer Politiker hätte den Muth,
die Wiederherstellung der Wahlfreier zu beantra-
gen. Die Opposition gegen die Vorlage habe einen
politischen Charakter. Der Minister besprach als-
dann die Nothwendigkeit, die Lösung des Problems,
betreffend den Geldumlauf. Nach der Regelung
der Emissions-Institute müsse man die Organi-
sation des Staatsfiskus regeln. Die Hilfsmittel
zur Befriedigung der gegenwärtigen Situation be-
ständen darin, keine Verpflichtung zu neuen Aus-
gaben einzugehen, diejenigen der Vergangenheit zu
liquidiren, die Ausgaben zu reduzieren, die Erspar-
ungen dauernd zu gestalten und eine starke Politik
nach außen und innen zu befolgen.

Großbritannien und Irland.

London, 1. Juni. Die Lage der britisch-
afrikanischen Gesellschaft ist augenblicklich durch-
aus ungünstig. Am letzten Montag wurden in
der Generalversammlung der Gesellschaft Mit-
theilungen gemacht, welche dies klar an den Tag
legten. Die „St. James Gazette“ bemerkt hierzu:
„Der Vorsitzende konnte nur den Aktionären mit-
theilen, was sie schon wußten, nämlich, daß die
Gesellschaft sich nicht zahlte und voraussichtlich,
wie die Dinge stehen, auch nicht zahlen wird.“
In der That hat das Unternehmen einen solchen
Schiffbruch erlitten, wie ihn viele vorausgesehen
haben. Die Frage ist, was geschehen soll. Die
Direktoren haben die Sache herzlich satt und
machen den Aktionären drei Vorschläge, wie sie
sich aus der Schlinge ziehen sollen. Erstens:
Die Regierung möge das ganze Gebiet über-
nehmen und es zur Schutzverpflichtung Sanjibar
zuschlagen, daraus das Möglichste machen und
der Gesellschaft ihre Anlagen erstatten. Im
anderen Falle möge die Regierung der Gesell-
schaft erlauben, ihre Geschäfte abzuwickeln, das
Gebiet aufzugeben und was an Aktiven da ist, an
den Meistbietenden zu verkaufen. Der endlich
möge die Regierung die Gesellschaft noch weiter
das Gebiet an der Westküste verwirklichen und
die Gesellschaft freie Verfügung über die im
Gebiet ererbten Abgaben haben lassen, so daß
das Unternehmen sich begabt. Von diesen drei
Alternativen ist eine jedenfalls eine Unmöglichkeit.
Wir können das Gebiet nicht ganz aufgeben. Es
würde vielleicht besser gewesen, wenn wir gar
nicht hingegangen wären. Wir sind aber einmal
hingegangen, und dieses fact accompli muß ein
britischer Staatsmann anerkennen. Ein großes
Stück Landes, welches einmal zur englischen
Sphäre zugeschlagen ist, kann nicht den Ein-
gebornen oder Deutschland überlassen werden.
Uns scheint das Beste, das Gebiet zu annektiren,
sei es als „Schutzverpflichtung“ oder nicht, und es
unter direkte Verwaltung eines Reichskommissars
zu stellen, dabei aber der Gesellschaft ein gewisses
Pfundrecht auf die Einnahmen zu gestatten, um
die Gesellschaft einigermaßen schadlos zu halten.“

London, 2. Juni. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses bestritt Byrne, liberaler
Unionist, einen Zusatz zu Artikel 3 der Home-
rule-Vorlage, demzufolge der irische Legislativ-
rathe Befugnis entzogen werden solle, Gesetze über das
Waffen tragen, bewaffnete Verbindungen und
Waffenübungen zu geben. Worin bekämpfte den
Antrag namens der Regierung, machte aber die
Zusätze, die irische Legislativ- und Regierung
würde verbunden werden, Gesetze über das Tragen
und Benutzen der Waffen für militärische Zwecke
oder über Bildung von bewaffneten Verbindungen
für militärische Zwecke zu geben. Sexton erinnerte
daran mit Hinweis auf die Stimmung in Ulster,
daß der irische Legislativ- und Regierung auf-
erlegt werden dürfte, Gesetz und Ordnung auf-
recht zu erhalten. Gladstone bezeugte seine
Einnahme gegen den Antrag als zutreffend; der
irische Legislativ- und Regierung sollte die nöthigen Be-
fugnis zur Aufrechterhaltung der Ordnung im
Land nicht entzogen werden, aber die Regierung
sei gewillt, ihre Befugnisse derart einzuschränken,
daß sie keine Gefahr für die Bildung gewissermaßen
militärischer Anstalten geben dürfte. In diesem
Sinne gedachte sie die Klausel zu ergänzen. Der
Antrag Byrnes wurde schließlich mit 283 gegen
254 Stimmen verworfen.

Zum französischen Botschafter in London wird
voraussichtlich Cambon, gegenwärtig Botschafter
in Konstantinopel, ernannt werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Juni. Der norwegische
artische Reisende Arvid Arup, welcher an der
letzten Peary-Expedition theilnahm, ist gestern mit
dem Dampfer „America“ von hier nach New York
abgereist. Herr Arup bezieht sich zu dem
Vikentant Peary, um mit ihm an einer neuen
Polarfahrt theilzunehmen. Die Expedition besteht
aus zehn Mann und geht am 20. Juni an Bord
eines Walffischfängers nach der Angelfeld Fährde
südlich von Smiths Sund ab. Hier werden drei
Mann zurückgelassen und der Rest geht über das
Inlandsee nach der Independence-Bai. Von
hier aus bezieht sich Peary mit einem Mann nach
dem Norden zur Aufertigung von Karten etwa
vorhandener Inseln und Landstriche, nördlich
von Grönland. Dies ist der Hauptzweck
der Expedition. Wenn man jedoch einiger-
maßen ebenes Polareis, welches nicht zu stark
treibt, antreffen sollte, dann wird Peary
möglichst versuchen, nach dem Nordpol vor-
zudringen. Während Peary sich im Norden be-
findet, werden drei andere Mitglieder der Expedi-
tion nach dem Süden ziehen, um Karten der grö-
nlandischen Küste bis Dai Wiemard aufzunehmen.
Peary gedenkt mit seiner Expedition im Laufe von

zwei Jahren, also im Sommer 1895, nach New-
York zurückzukehren.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 1. Juni. Dem Präsidenten
des Storting ist zufolge Verlangen des Stor-
tings ein Abdruck des am 10. Mai im Staats-
rath geführten Protokolls übergeben worden. In
Veranlassung des Vertrauensvotums des Stor-
tings für das Ministerium Stein bemerkt die
Regierung: Dieser Beschluß giebt nach der Auf-
fassung der Staatsräthe für den Augenblick keine
Veranlassung zur Aenderung oder Maßnahmen
von Seiten des Königs. Bezüglich des Ver-
trauensvotums des Storting für das Ministerium
Stein bemerkt die Regierung, daß die Vor-
aussetzungen, die den König zur Ernennung der
jetzigen Staatsräthe bewogen haben, unverändert
andauern, weshalb die Staatsräthe unter den
jetzigen Verhältnissen nicht glauben, ihren Abschied
verlangen zu müssen, sondern daß sie dem Könige
nur die vom Storting gefaßten Beschlüsse mit-
zutheilen haben.

Rußland.

Petersburg, 2. Juni. Die erste Hygiene-
Ausstellung ist heute in Gegenwart des Groß-
fürsten Paul Alexandrowitsch, sowie des Ministers
des Inneren Durnowo und zahlreicher Würden-
träger eröffnet worden.

Serbien.

Die telegraphisch bereits gemeldete Abberufung
des bisherigen türkischen Gesandten Jerolim Bey
von Belgrad wird in dortigen diplomatischen
Kreisen aus besonderen Gründen sehr viel be-
sprochen. Die Abberufung hat Viele überrascht,
obwohl man wußte, daß verschiedene persönliche
Konflikte, welche der Gesandte gehabt, seine Stel-
lung erschüttert hatten. Bekanntlich hatte Jerolim
Bey im vorigen Jahre plötzlich Belgrad verlassen
und sich nach Ems begeben, indem er erklärte,
daß man ihn nach dem Leben trachte und er sich
daher in seinem Gesandtschaftshotel nicht mehr
sicher fühle. Es versteht sich von selbst, daß die
jetzige Regierung jede Erklärung einer Gefahr für
das Leben des türkischen Vertreters mit aller
Entschiedenheit bestritt und das Ganze als eine
Hallucination bezeichnet. Früher schon hatte Je-
rolim Bey mit einem in Belgrad als Beamter
lebenden mohamedanischen Notabeln aus Bosnien,
dem Bey Kubovitsch, einen peinlichen Konflikt.
Die Regierung griff damals in der Weise ein,
daß den genannten Bey aus Belgrad entfernte.
Ungeachtet dieser und einiger anderen Vorfälle,
welche von einer gewissen Nervosität des Herrn
Jerolim Beyes volle Achtung. Sein Nachfolger,
Oberst Tensit Bey, war bisher dem Militär-
kabinet des Sultans zugetheilt.

Rumänien.

Bukarest, 1. Juni. Die heutige Wahl eines
Primas von Rumänien hat das feste Sinken des
national-liberalen Einflusses wieder in ungewiss-
hafte Weise dargelegt. Denn während der
von der national-liberalen Opposition als Kandidat
aufgestellte und namentlich von Demeter Sturzo
wärmstens empfohlene Metropolit von Jassy alles
in allem nur 47 Stimmen erhielt, hat Bischof
Ghenadie von Argesch als Kandidat der Parla-
mentarität und der großen Mehrheit der bl.
Synode 168 Stimmen auf seine Person vereinigt.
Ohne eine theologische Gelehrtenkür durchge-
macht zu haben, gilt der im 57. Lebensjahre
stehende neue Metropolit nicht nur als einer der
gebildetsten, sondern auch als einer der frei-
willigsten Geistlichen im Lande. Im Jahre 1874
unter dem Kultusminister T. Majorescu in
die heilige Synode berufen und 1876 unter
dem Kultusministerium P. Carp zum Bischof von
Argesch gewählt, gehört Ghenadie zu den eifrigsten
Vertretern eines dem jetzigen Aufschwunge
angepaßten nationalen Staatskirchentums und
hat als solcher bei der Kirchendebatte im Senat
auch gegen das hierarchische Auctorium des
Metropolitens von Jassy und des Bischofs von
Galatz Stellung genommen, die in der feierlichen
Umfriedung des staatlichen Aufstiegsrechtes der
vom Staate erhaltenen Kanonrechte gegenüber
durchaus eine Gefahr für Religion und Rechts-
gläubigkeit wittern wollten. Auch in seiner heuti-
gen Rede, in der Ghenadie die auf ihn gefallene
Wahl annehmen zu wollen erklärte, sprach das
neue Oberhaupt der rumänischen Kirche seine
Ueberzeugung dahin aus, daß Nationalkirche und
Nationalstaat völlig unzerrenbare Begriffe seien.

Afrika.

Bei der letzten Hauptversammlung der deut-
schen Kolonialgesellschaft wurde auch die Ueber-
nahme in Südwestafrika gestreift, doch kam es zu
keiner weiteren Aussprache darüber. Die Regie-
rung steht auf dem Standpunkt, daß man eine
mäßige Anzahl Burenfamilien anwerben und ansiedeln
sollte, aber ein übermäßiges Zutreten verhin-
dern müsse. Wie es aber scheint, steht ein
großer „Tref“ in Aussicht. Der „Völkboten“
bringt einen Brief des Geistlichen W. B. de Wil-
ters, worin er meldet, daß er auf einer Reise
nach Gerdonia, südlich des Drangestusses, hart
an der Grenze von Groß-Namaland, etwa
250 Burenfamilien angetroffen habe, die aus
Theilen der Kapkolonie, des Freistaates und Trans-
vaals zusammengeflohen waren, um auf deutsches
Gebiet überzusiedeln. Der Tref war im Februar
immer noch im Wachen begriffen, sodaß nach An-
sicht von Wilters in kurzem eine Besiedlung des
deutschen Gebietes in Aussicht stand. Namentlich
stark sei die Aufbruchsbewegung in Oranaland-
West. Man wird dieser Bewegung in den Krei-
sen der Regierung die ihr gebührende Aufmerk-
samkeit schenken müssen, will man vor Ueber-
raschungen sicher sein.

Australien.

Honolulu, Sandwich-Inseln, 4. Mai. Dem
San Franciscoer Millionär Claus Spreckels ist es
bis jetzt noch nicht gelungen, die übrigen Zucker-
pflanzer der Inseln für seinen Plan einer Republik
unter amerikanischer Schutzverpflichtung zu gewinnen.
In der Versammlung der Pflanzer wurde der
Spreckelsche Antrag einem Auschuß überwiesen,
der ihn einfach begründet. Präsident Dole verpflichtet
nicht der Spreckelschen Auffassung bei, daß
Anexion der Kontraktarbeit der Wästen ein Ende
machen würde, sondern glaubt, daß die Abge-
gebenheit der Inseln denselben eine Ausnahmestellung
in dieser Frage seitens der Vereinigten Staaten
sichern dürfte. Andere glauben wieder, daß es

